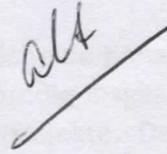


Xanten, 27.03.2019

Herrn Ministerpräsident Armin Laschet
persönlich

Staatskanzlei NRW
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf



Chance für ein grenzüberschreitendes Infrastrukturprojekt in NRW

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Niederrhein als Teilgebiet der Region Rhein-Maas umfasst einen Lebensraum von mehr als 2 Mill. Menschen. Nachdem der Ausstieg aus dem Kohleabbau immer stärkere Konturen annimmt, stellen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger die Frage, wie es mit dieser Region dann weiter gehen soll – insbesondere die Angst vor Hochwasser und wirtschaftlichem „abgehängt werden“ dominiert die Sorgen der hiesigen Bewohner. Seit vielen Jahren bemüht sich der HWS um Alternativen, die möglicherweise die angesprochenen Probleme entschärfen könnten. Eine davon wurde im Zusammenhang mit einer Aktualisierung des Bundesverkehrswegeplan 2030 am 28.04.2016 der Bundesregierung überstellt.¹⁾

Unter dem Titel **Schiffbare Anbindung des Niederrheins an das belgische Kanalnetz** nehmen wir Bezug auf historische Anbindungsbemühungen – damals freilich noch unter ganz anderen Gesichtspunkten angedacht und geplant, die in einer Dissertation von Frau Dr. Lina Schröder 2017²⁾ veröffentlicht wurden. Mit einem solchen integrierten Infrastrukturprojekt könnte das Problem des Hochwassers über eine Gerinneentlastung³⁾ zugleich auch in Form eines Pilotprojektes einer Grenzregion angegangen werden – niederländischer und belgischer Raum sind schließlich von den Folgen eines Hochwassers genauso betroffen, wie der Deutsche.

Die von der IHK Rheinland erstellte Karte über die Häfen und Wasserstraßen im Rheinland⁴⁾ lässt vermuten, dass durch den vorgetragenen Wasserweg darüber hinaus die Überlastung des Güterverkehrs auf Schiene und Straßen entscheidend verringert werden könnte. Das Projekt „Rhein-Maas-Kanal“ kann daher unserer Meinung nach nicht nur hinsichtlich der tatsächlichen Erreichung klimapolitischer Ziele, sondern insbesondere und gerade auch vor dem Hintergrund der Demonstration europäischer Stärke einen wichtigen Beitrag zu einem gemeinsamen europäischen Umwelteuropa und Wirtschaftsraum leisten.

Bedauerlicherweise wurde, ohne auch nur im Geringsten eine Überprüfung durch eine Machbarkeitsstudie in Betracht zu ziehen, der Vorschlag vom Petitionsausschuss des Bundestages⁵⁾ abgelehnt. Die Argumentation des Bescheids zeigt, dass unsere vorrangigen Überlegungen vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) über ein umfassendes Netzwerk

hinsichtlich dem vorbeugenden Schutz kritischer Infrastrukturen in bergbau- und hochwassergefährdeten Regionen mit darin eingeschlossen der Ausbau und die Entzerrung von überlasteten nationalen und internationalen Verkehrswegen nicht beim Petitionsausschuss in eine Gesamtbewertung eingeflossen sind. Selbst die brennenden Fragen zum **Braunkohleende**, den wasserwirtschaftlichen Folgen, von Ersatzarbeitsplätzen ist man vom Petitionsausschuss nicht ansatzweise gefolgt.

Wie der Ablehnungsbescheid, Schröders Darstellung zum Rhein-Maas-Schelde-Kanal sowie ihre aktuellen Projekte deutlich werden lassen, fehlt es in Deutschland offenkundig insgesamt an einer systematischen Aufarbeitung realisierter und gescheiterter Infrastrukturprojekte. Der Betrachter vermisst jegliche Grundlagenforschung, welche jedoch gerade die Basis für zukünftige Planungen darstellen müsste. Wir können uns daher Schröders Plädoyer für eine Forschung zur epochenübergreifenden, interdisziplinären Infrastruktur-Geschichte (ISG) an unseren deutschen Hochschulen nur anschließen, auch diesbezüglich könnte NRW eine Vorreiterrolle einnehmen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet,

nach alle dem, was wir in der Vergangenheit als Bürger erfahren haben, sind wir dennoch der Hoffnung, dass durch starke Impulse aus der Politik Nordrhein-Westfalens weitreichende Kollateralschäden vermieden werden können.

Wir verweisen auf die Anlagen und bitten um Ihre geschätzte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,

Sprecher der HochWasser- und InfrastrukturSchutz-Initiative am Niederrhein (HWS)

Anlagen/Verweise:

- 1) **HWS-Antrag zum BVWP 2030:** <http://www.nr-feldmann.de/doku/behoerden/bvwp-2030-antrag%20hws.pdf>
Projektbeschreibung und Dokumentation: <http://www.nr-feldmann.de/Doku/behoerden/Dossier.pdf>
- 2) Schröder, Dr. Lina: **Der Rhein-(Maas-)Schelde-Kanal als geplante Infrastrukturzelle:** von 1946 bis 1985
https://www.waxmann.com/waxmann-echer/?tx_p2waxmann_pi2%5bbuchnr%5d=3568&tx_p2waxmann_pi2%5baction%5d=show
Eine Studie zur Infrastruktur- und Netzwerk-Geschichte, Münster 2017 (Studien zur Geschichte und Kultur Westeuropas).
- 3) **Alternative Betrachtungen:** zur Reduzierung von Überschwemmungsgefahren bei Extremabflüsse am Niederrhein lt. NRW-Studie von 2000 und 2004 <http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/NR-Risiko-Alternativen.pdf>
- 4) **IHK: Häfen und Wasserstraßen im Rheinland in Verbindung mit den ZARA-Seehäfen**
HWS-Projektvision: <http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/HWS-Projektvision.jpg>
- 5) **Stellungnahme des Petitionsausschusses:** <http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/pet-antwort%2007-2018.pdf>

PS: vorgenanntes Schreiben wurde bereits am 19. Feb. 2019 per Email an die Staatskanzlei geschickt.



17.4.2019

Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Herr

Hans-Peter Feldmann
Zur Wassermühle 45
46509 Xanten

12.04.2019

Seite 1 von 2

Aktenzeichen II A 3

bernd.gorschlueter@stk.nrw.de
Telefon 0211 837-1006
Telefax 0211 837 187-1525

Sehr geehrter Herr Feldmann,

Herr Ministerpräsident Armin Laschet dankt für Ihr Schreiben vom 27. März 2019, mit dem Sie erneut Ihr Anliegen zum Neubau eines schiffbaren Kanals zwischen dem Niederrhein und dem belgischen Kanalnetz vortragen. Herr Ministerpräsident hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihr erneutes Schreiben belegt Ihr großes Interesse an einem Ausbau der Wasserstraßeninfrastruktur. Gleichwohl muss ich Ihnen mitteilen, dass sich seit unserem Briefwechsel vom Herbst 2017 keine neue Sachlage ergeben hat, im Gegenteil: Die Sanierungs- und Ausbaubedarfe der nordrhein-westfälischen Bundeswasserstraßen sind unverändert akut. Angesichts dieser Situation, die in den nächsten Jahren mit höchster Priorität nachhaltig verbessert werden muss, für Neubauprojekte zu werben, ist verkehrs- wie auch wirtschaftspolitisch nicht zu vertreten.

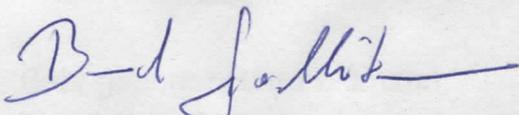
Zu Ihrem Vorschlag zur epochenübergreifenden, interdisziplinären Erforschung der Infrastruktur-Geschichte möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Freiheit von Forschung und Lehre in Deutschland durch Artikel 5 grundgesetzlich geschützt ist. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler suchen und bearbeiten ihre Forschungsthemen frei und eigenständig. Darüber hinaus gewährt das Land Nordrhein-Westfalen auch seinen Hochschulen eine weitgehende Autonomie. Diese entscheiden beispielsweise selbst über die Einrichtung von Lehrstühlen oder Professuren und deren fachliche Ausrichtung.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
Telefax 0211 837-1150
poststelle@stk.nrw.de
www.land.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel
Haltestelle Poststraße:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709

Abschließend möchte ich Sie daran erinnern, dass die maßgeblichen Entscheidungen über den Ausbau des deutschen Kanalnetzes auf der Ebene der Bundesregierung getroffen werden. Vor diesem Hintergrund und angesichts der bereits ergangenen ausführlichen Antworten, bitte ich um Verständnis, dass wir in der Zukunft zu Ihrem Anliegen nicht erneut Stellung nehmen möchten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Bernd Gorschlüter